



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

186 (29.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191096](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191096)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatlich, einjährig 1,50 M. (für den Postboten u. Einschubpreis) ...

## Babische Neuere Nachrichten

Anzeigenpreis: Bei dreitägigem Abdruck 1.50 M. ...

### Die Konferenz in Spa.

Berlin, 28. April. (WB.) Der italienische Botschafter De Martino überreichte heute dem Reichskanzler die Einladung der Alliierten zu einer Besprechung, die am 25. Mai in Spa beginnen soll.

Brüssel, 28. April. (WB.) Der Oberste Rat bestätigte, daß die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme in Spa festgesetzt werden solle. Deutschland werde jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erhöhen würde. Die Alliierten werden unter sich die auf jeden von ihnen entfallende Summe festlegen. Belgien erhält eine bevorrechtigte Summe von 2 1/2 Milliarden.

### Milner über die Ergebnisse von San Remo.

Paris, 28. April. (WB.) In der Nachmittags-Sitzung der französischen Kammer gab Ministerpräsident Millerand eine Erklärung ab und sagte, er wolle schon heute über die Konferenz von San Remo mitteilen, was mitzuteilen möglich sei.

Der türkische Vertrag sei in seinen Grundlinien fertiggestellt. Die Türken blieben in Konstantinopel. In den Gebieten, wo die Türken in der Mehrheit seien, werde der Vertrag den Wünschen der Minderheiten vorzuziehen sein. Wilson sei aufgefordert worden, zu erklären, ob Amerika den Schutz über Armenien übernehmen werde die Grenzen des neuen Staates feststellen. England erhielt den Mandat über Mesopotamien und Palästina, Frankreich das Mandat über Syrien.

Millerand ging abends auf die Verhandlungen in San Remo ein und erinnerte an das deutsche Verlangen, Gruppen in der neutralen Zone zu unterhalten. Daraus antwortete die Konferenz durch einen Brief, dessen Inhalt er dahin erläuterte: Frankreich und Dalmatien würden geräumt, so daß die internationalen Kommissionen feststellen könnten, ob die Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgelegt sei. Die Berechnung erfolge aber nach Einzelheiten und nicht nach dem Effektivelement. Dadurch werde Deutschland zurückgeführt auf den Geist und den Buchstaben des Abkommens. Bis zum 10. Mai könnten die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone diejenigen sein, wie sie das Abkommen vorsehe. Am 10. Juni müßte deren Zahl um die Hälfte verringert werden. Deutschland habe aber das Recht, die Hälfte der vorgezeichneten Vollstreitkräfte in die neutrale Zone einzuführen. Am 10. Juli müßten alle militärischen Streitkräfte die neutrale Zone verlassen haben. Die deutsche Regierung dürfe dann das Recht, 10000 Mann Vollstreitkräfte zu unterhalten.

Die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten in San Remo stattfanden, hätten zum Grundgedanken gehabt:

1. daß jeder Gedanke, den Friedensvertrag von Versailles zu revidieren, formell ausgeschlossen sein müsse;
2. daß, bevor man sich mit den Deutschen verständige, die Alliierten in vollkommenster und genauerer Weise darüber einig seien, was sie von den Deutschen verlangen wollten, nicht nur, was die formalen Dispositionen des Vertrages anbetrafte, die sich, wie die militärischen und gewisse Wiedergutmachungsangelegenheiten, selbst genügen, sondern auch über die Klauseln über die Entschädigung, deren Höhe im gemeinsamen Interesse schließlich bestimmt werden müsse.
3. Die dritte Bedingung sei gewesen, daß, bevor man den Grundgedanken der Besprechung mit dem Chef der deutschen Regierung annähme, die Alliierten einig sein müßten über die Funktionen und Zwangsmaßnahmen, die man einst anwenden werde.

Im Verlaufe dieser Verhandlungen seien gewisse Beunruhigungen laut geworden, auf die er hätte antworten müssen. Er erinnere sich an die Erklärung, die er wiederholte, was er gesagt habe, zuerst in einer privaten Unterredung, später im Hofe der Konferenz. Es schiene, daß gewisse Leute Beunruhigung gehabt hätten über die Hintergedanken, welche den Geist des französischen Volkes, seines Parlamentes und seiner Regierung beherrschten. Wir haben beantwortet, daß die französische Regierung und das französische Parlament und Volk sich einig seien darin, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Unmöglichkeit wäre, an neue Konventionen deutschen Gebietes zu denken.

Nachdem sodann Millerand die Erklärung der Alliierten vorgelesen hatte, sagte er:

Ich glaube nicht zu optimistisch zu sein, wenn ich sage, daß wir im letzteren Augenblicke in die Periode der politischen Ausarbeitung des Friedensvertrages eintreten. Die Erklärung ist fest und, und das ist nicht mein persönliches Verdienst, daß die Entente unter allen Alliierten stärker und enger ist denn jemals. Im Laufe der schwierigen Verhandlungen sind Vorurteile abgeworfen und nützliche Versicherungen gegeben worden. Die Alliierten sind so. San Remo abgerechnet, hätte es in den letzten Monaten und überaus von der Notwendigkeit und von der Kraft ihrer Entente. Ich bin überzeugt, daß die Konferenz die jetzt gehalten wurde, keine unnütze Arbeit verrichtet hat. (Beif. Beifall.)

Die Kammer ging dann ohne Diskussion über diese Erklärung zur Fortsetzung der Beratung der Steuergeetze über.

### Das Ende des deutschen Heeres.

Berlin, 28. April. (WB.) Ueber die Auflösung des alten deutschen Heeres wird mitgeteilt, daß nur noch zwei Abteilungen bestehen, die dem Reichsfinanzministerium unterstellt sind und mit dem Heere gar keine Verbindung mehr haben. Der Große Generalkstab wurde am 1. 10. 1919 aufgelöst, ebenso die Oberste Heeresleitung und das preussische Kriegsministerium. Anstelle der früheren sieben Inspektionen und der 25 Armeekorpskommandos besitzt Deutschland nur noch drei Reichswehrgruppenkommandos. Auch die Militärstrafen sind aufgelöst. Die Auflösung der Reichswehrgruppen erfolgte am 9. April. Nur in Weissenau und Dresden bestehen noch einige Verbände. Deutschland erfüllte also soweit es ihm möglich war, die Friedensbedingungen.

### Die Befehung Frankfurts.

Berlin, 28. April. (WB.) Ueber die Befehung Frankfurts schreibt die Deutsche Liga für den Völkerverbund an das Reichsamt für den Völkerverbund in London folgende Denkschrift, deren Wortlaut gleichzeitig den Berliner ausländischen Ber-

teilungen sowie den Völkerverbänden, der neutralen und früher feindlichen Staaten übermittelt wurde:

„Seit die Satzungen des Völkerverbundes ihre letzte Fassung erhalten haben, wurde mannigfaltige Kritik an ihren Bestimmungen geübt, aber einstimmig wurde als großer übersehender Fortschritt anerkannt, daß fortan kein Krieg geführt werden soll, wenn nicht alle friedlichen Mittel vorher erschöpft worden sind. Art. 11 der Völkerverbundsatzungen beginnt mit dem folgenden Satz: „Ausdrücklich wird hiermit festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß dieser zum wirksamen Schutze des Völkerverbundes geeignete Maßnahmen zu ergreifen hat.“ Wenn also nach den Ausführungen der französischen Note über den Einmarsch, die am 7. Mai 1920 dem Völkerverbund mitgeteilt wurde, das deutsche Vorgehen im Ruhrgebiet ein „casus belli“ Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß dieser zum Schutze des Völkerverbundes geeignete Maßnahmen des Bundes abzurufen, sind die Bundesmitglieder verpflichtet, denn Art. 12 lautet: „Alle Bundesmitglieder kommen überein, etwa zwischen ihnen entstehende Streitfragen, die zum Bruche führen könnten, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten. Sie kommen ferner überein, in keinem Falle vor Ablauf von drei Monaten nach dem Spruche des Schiedsrichters oder dem Beschlusse des Rates zum Kriege zu schreiten.“

Ausdrücklich ist in Art. 16 bestimmt, daß der Bruch dieser Vorschriften als Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder anzusehen sei. Die Anwendung dieser Vorschrift nur für Bundesmitglieder gültigen Bestimmungen behält Art. 17, Absatz 1, auch auf Streitigkeiten, die zwischen einem Bundesmitglied und einem Nichtmitglied oder zwischen Staaten, die Nichtmitglieder sind, aus. Es werden Staat oder Staaten die Nichtmitglieder sind, aufgefordert, sich für die Beilegung der Streitfrage den Bundesmitgliedern obliegenden Verpflichtungen zu unterwerfen und zwar unter den vom Rat für gerecht erachteten Bedingungen. Wird dieser Aufforderung Folge gelehrt, gelangen unter Vorbehalt von Änderungen, die der Rat für erforderlich erachtet, die Bestimmungen Artikel 12 bis 16 zur Anwendung. Tathandlung ist das kriegerische Vorgehen eines Mitgliedes des Völkerverbundes auch gegen ein Nichtmitglied vor der Ueberweisung des Falles an den Rat unterlag.

Selbst wenn der Bund die Gefährlichkeit des Konfliktes nicht rechtzeitig erkennen sollte, ist ein selbständiges kriegerisches Vorgehen vor dem Verlaufe friedlicher Streitbeilegung unter allen Umständen ausgeschlossen. Als daher die Franzosen am 8. April ohne Verletzung des Völkerverbundes in deutsches Gebiet einmarchierten, verstießen sie gegen die Bestimmungen der Völkerverbundsatzungen.

Frankreich behauptet nun, daß Deutschland Artikel 43 des Versailler Friedensvertrages und die im August 1919 hierzu abgeschlossenen Sonderabkommen verletze, als es über die ihm gestattete Zahl 50000 Mann Truppen ins Ruhrgebiet sandte. Es beruft sich dabei auf Artikel 44 des Versailler Friedensvertrages, wonach ein Versuch gegen den Artikel als feindliche Handlung gegenüber den Signaturnationen, als Versuch einer Störung des Weltfriedens zu betrachten sei. Wenn — nach französischer Auffassung — auf deutscher Seite ein Bruch des Art. 43 und damit der Versuch einer Störung des Weltfriedens vorlag, so dürfte Frankreich nach nicht eigenmächtig kriegerische Handlungen vornehmen, bevor die Angelegenheit dem Völkerverbunde unterbreitet worden sei. Der Einmarsch in fremdes Staatsgebiet ist ungewisselhaft als kriegerische Handlung anzusehen, denn er bezieht sich auf schweres Verbrechen des betreffenden Staates auf Selbstbehaltung. Es ist für die rechtliche Beurteilung gleichgültig, daß Deutschland auch rein tatsächlichen und politischen Gründen die französische Gewaltanwendung nicht mit Gewalt erwiderte. Wenn es sich um einen anderen Staat gehandelt hätte, der nicht im Verzuge zu seinen Nachbarn jeder militärischen Macht beraubt wäre, hätte die Verletzung eines Teiles des Staatsgebietes durch fremde Truppenmacht ungewisselhaft kriegerische Gegenmaßnahmen zur Folge gehabt.

Auch aus der besonderen Natur der sogenannten neutralen Zone kann Frankreich eine Rechtfertigung seines Verhaltens nicht ableiten. Frankfurt, Darmstadt und die anderen Städte liegen trotz ihrer Einordnung in diese Zone im deutschen Hoheitsbereich. Selbst wenn man aber einräumen wollte, daß über die rechtliche Qualifikation des französischen Einmarsches verschiedene Ansichten möglich seien, dürfte ein Zurückweichen nur dem Völkerverbunde gelöst werden. Deutschland nahm die Völkerverbundung mit den Friedensbedingungen an, hat also Anstand darauf, daß die Satzung des Völkerverbundes ebenso gewissenhaft geschieht wird, wie die übrigen Artikel des Friedensvertrages. Es fehle dem Völkerverbund amüßlich von dem Streifsbild mit Frankreich in Kenntnis.

Aus alle dem ergibt sich, daß der deutsch-französische Zwischenfall unbedingt Sache des Völkerverbundes war. Der Bund mußte tatungsgemäß von selbst eingreifen. Frankreich war verpflichtet, dem Bunde die Angelegenheit zu unterbreiten. Nachdem aber Frankreich durch sein eigenmächtiges Vorgehen die übrigen Staaten vor vollendete Tatsachen stellte, ist es erst recht Sache des Völkerverbundes, sich mit dieser Frage zu befassen. Gerade jetzt kommt alles darauf an, daß der Völkerverbund kein Ansehen in der Welt verliert, denn er soll die Grundzüge des Friedensvertrages und das Fundament des Friedenszustandes der ganzen Welt in Zukunft sein. Das Vertrauen in seine politische wirksame Kraft kann nicht besser gestärkt werden, als wenn er über das französische Vorgehen eine grundsätzliche Entscheidung fällt, ohne Rücksicht auf die diplomatische Erledigung durch den Obersten Rat. Die Deutsche Liga für den Völkerverbund legt es sich zur Aufgabe in Deutschland für den Völkerverbund zu wirken. Sie hätte gewünscht, daß schon nach der Erweiterung der Einmarschereignisse diese Frage der Vertragsauslegung dem Völkerverbund übergeben worden wäre. Sie beklagt aber auch jetzt die Tatsache, daß die deutsche Regierung den Völkerverbund anerkennen hat, und sie möchte mit allen Kräften darauf hinwirken, daß in diesem entscheidungswichtigen Augenblicke der Völkerverbund zur Geltung kommt, dessen Satzungen anerkannt worden sind. Zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen, zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit.

### Das Ende des deutschen Heeres.

Berlin, 28. April. (WB.) Ueber die Auflösung des alten deutschen Heeres wird mitgeteilt, daß nur noch zwei Abteilungen bestehen, die dem Reichsfinanzministerium unterstellt sind und mit dem Heere gar keine Verbindung mehr haben. Der Große Generalkstab wurde am 1. 10. 1919 aufgelöst, ebenso die Oberste Heeresleitung und das preussische Kriegsministerium. Anstelle der früheren sieben Inspektionen und der 25 Armeekorpskommandos besitzt Deutschland nur noch drei Reichswehrgruppenkommandos. Auch die Militärstrafen sind aufgelöst. Die Auflösung der Reichswehrgruppen erfolgte am 9. April. Nur in Weissenau und Dresden bestehen noch einige Verbände. Deutschland erfüllte also soweit es ihm möglich war, die Friedensbedingungen.

Berlin, 28. April. (WB.) Nach einer Ratifizierung soll das deutsche Luftschiffmaterial bis auf die zu verteilenden Flugzeuge vernichtet und das Material verkauft werden.

### Die Schließung der deutschen Festungen.

Berlin, 28. April. (WB.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht unter der Ueberschrift: Schließung der deutschen Festungen einen Artikel, in dem dargestellt wird, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage das Neuanfangsarbeiten geistlich ist, um den harten Friedensbedingungen gerecht zu werden. Schon bald nach dem Waffenstillstand wurde mit den Abrüstungsarbeiten begonnen. Es wurden zunächst die Armierungsbauten entfernt und der Friedensmüßigkeit der Zustand der Festungen wieder hergestellt. Hindernisse wurden entfernt, Schützengraben und Erdwerke eingeebnet und die Betonbauten unbrauchbar gemacht.

Auch wurden schon vor der Ratifizierung des Friedens auf diesen Festungen die Munition, die Festungsausrüstungen, Handwaffen und Kampfmittel entfernt, die Geschützrohre, Patetten und Schießnetze abmontiert usw. Die Abrüstungsarbeiten sind dort weitestgehend beendet worden. Die Schließungsarbeiten sind jetzt in vollem Gange und ihre terminmäßige Vollendung ist zu erwarten. Nur bei den vom Verband beherrschten Festungen konnten bis jetzt die Abrüstungs- und Schließungsarbeiten noch nicht in Angriff genommen werden, da dort der allertren obersten Heeresleitung die Festlegung der Festen für die Abrüstung und Schließung vorbehalten ist. Die Abrüstungs- und Schließungsarbeiten haben auch in der Rieder Zone bald nach dem Abschluß des Waffenstillstandes einzusetzen und sich entsprechend gefördert.

### Die Bewegung nach rechts in Bayern.

In sehr bemerkenswerter Weise hat sich der Reichswehrminister zu einem Pressevertreter über die Stimmungen und Strömungen in Bayern ausgesprochen. Er sagte, man dürfe die Lage dort nicht so leicht nehmen. Man müsse nicht vergessen, daß Berlin nicht Deutschland sei. Jeder Fehler, welcher in Berlin gemacht würde, würde in Bayern sofort aufgegriffen und verwertet. Die Bewegung nach rechts sei dort ganz gewaltig, zumal man in der Berliner Regierung eine glatte Arbeiterregierung sehe, der man sich nicht fügen wolle. Gegenströmungen seien vorhanden, aber doch nicht stark genug, um allzu viel auszurichten zu können. Diese Stimmung werde auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen.

### Der Aufmarsch der nationalen Parteien zum Wahlkampf.

Dr. Bad Nauheim, 28. April. Der Landesauschuh der Deutschen Volkspartei Hessens befaßte sich in seiner gestrigen sehr stark besuchten Sitzung mit dem Vorschlag der Hessischen Volkspartei (heß. Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei) für die bevorstehenden Wahlen einen gemeinsamen Wahlvorschlag der beiden nationalen Parteien aufzustellen. In der ausgedehnten Aussprache kamen Vertreter aller Stände und Bezirke des Landes zu Worte. Das Ergebnis der Beratungen ist in folgendem Schreiben an die Hessische Volkspartei niedergelegt:

An den Vorsitzenden der Hessischen Volkspartei (Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei) Herrn Dr. Karl Klingporf Offenbach a. M.

Der Landesauschuh des Hessischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei hat den von Ihnen angeregten Gedanken einer gemeinschaftlichen Wahlvorschlagsliste für die Reichstagswahl eingehend und gewissenhafter Erwägung unterzogen.

Mit Ihnen erblickt er in einem entschlossenen Kampf gegen die Politik der jetzigen Mehrheitsparteien und Regierungen eine nationale Notwendigkeit.

Wir sind aber nach sorgfältiger Erwägung aller Faktoren zu der Ueberzeugung gelangt, daß der von Ihnen vorgeschlagene Weg nicht geeignet ist, den Mehrheitsparteien denjenigen Abbruch zu tun, den wir gemeinsam erstreben.

Ein selbständiges Vorgehen der Deutschen Volkspartei, die gleich Ihnen bei den kommenden Wahlen die Kampffront gegen links richtet, bietet unserer Meinung nach weit bessere Aussicht, alle erreichbaren Wählerstimmen für die Verteidigung der gemeinsamen bürgerlichen und bauerlichen Interessen zu gewinnen, als eine einheitliche Vorschlagsliste unserer beiden Parteien.

Wollen wir aus dieser Erwägung heraus an dem selbständigen Vorgehen der beiden nationalen Parteien festhalten, so sehen wir es im Hinblick auf das gemeinsame Ziel für selbstverständlich an, daß die beiden Parteien jegliche gegenseitige Bekämpfung durch Reden, Flugblätter oder Techniken unterlassen.

Wir regen an, daß die beiderseitigen Parteileitungen sich über die zur Wahrung dieser Grundsätze erforderlichen Maßnahmen von Fall zu Fall verständigen. Mit vorzüglicher Hochachtung

Geschäftsführender Ausschuh: gez. Dingeldein.

Man schreibt uns: Am Sonntag, den 25. April, nachmittags, fand in der Loge „Karl zur Eintracht“ eine bedeutungsvolle Vertrauensmännerversammlung des deutsch-nationalen Kreisvereins Mannheim-Weinheim-Schwepingen statt. Nach einer anschaulichen, durch die klaren, unabweislichen Richtlinien der Partei bestimmten Beurteilung der Lage durch Herrn Rechtsanwält Dr. Reubauer zeigten die Berichte der einzelnen Ortsvereine ein gewaltiges Anschwellen unserer Partei besonders in den letzten Monaten. Der kleine Ort Leutershausen zum Beispiel hat bereits die Reichliche Anzahl von 345 Mitgliedern erreicht, ein Zeichen, daß die ehrliche, voll und ganz mit unserem Programm übereinstimmende Arbeit unserer Abgeordneten in weiten Volkskreisen bemerkt und anerkannt wird. Zum Schluß wurde der Wahlkampf durch wertvolle Anregungen aus Stadt und Land ergänzt und fertiggestellt.

### Austritte aus der Demokratischen Partei.

Berlin, 29. April. (Priv.-Tel.) Wie nach der Hoff. Ztg. verlautet trägt sich eine Anzahl von Persönlichkeiten, die früher in der Fortschrittlichen Volkspartei an leitender Stelle standen, mit dem Gedanken eines Auscheidens aus der DDP, der sie nach ihrer Gründung nur nach einigem Zögern beigetreten waren.

Die Hoff. Ztg. kann wohl als unverdächtige Quelle gelten. Diese Nachricht ist dadurch besonders wichtig, daß es ehemalige Fortschrittler sind, die nicht mehr von der Demokratischen Partei wissen wollen, also nicht mehr nur ehemalige Nationalliberale, die gründlich enttäuscht sind. Ein-

gewehte behaupten, daß die Lage der Demokratischen Partei sich sehr ernst zu gestalten beginne. Das Ausschneiden etwaiger Sozialisten aus einer ihnen doch nehmenden Partei würde allerdings ein sehr bedenkliches Zeichen sein. In erster Reihe soll es sich dabei um Dr. Otto Wilmmer handeln.

Die Gefahr neuer Unruhen.

Eine gewiß unverdächtige Stelle, die Parlamentarische Kommission, die ins Ruhrgebiet entsandt worden ist, hat festgestellt, daß die Zustände noch immer sehr gefährlich sind. Die heute bestehenden Verhältnisse sind, wie ein weiterer Auszug aus dem Bericht sagt, unbestreitend und gefährlich. Nur durch schnelle Einrichtung einer starken Sicherheitswehr im Industriegebiet könne dessen Sicherung gewährleistet werden. Vor allem hätten sich in Düsseldorf und Remscheid Schmierigkeiten ergeben. Es seien alle Maßnahmen getroffen, um eine neue Unruhe niederzuhalten. Diese Berichte einer ganz unparteiischen Instanz bestätigen also im wesentlichen die bisher vorliegenden Nachrichten über die Möglichkeit neuer Unruhen, die von sozialdemokratischen Blättern angezettelt und ins Lächerliche zu ziehen gesucht werden. Auch der Reichswehrminister hat sich über die fortwährende Gefahr neuer Unruhen in gleichem Sinne ausgesprochen: bleibt nicht genügende Artillerie im Ruhrgebiet, so ist das Schlimmste zu befürchten. Das sind doch wohl hinreichend beweiskräftige Stimmen.

Ein anderer Unruheherd sollte nach Mitteilungen der letzten Tage Mitteldeutschland sein. Regierungsvertreter haben die Nachrichten zwar für übertrieben, aber doch nicht für ganz gegenstandslos erklärt; sie versicherten, es habe sich zwar Rüststoff angesammelt, aber die getroffenen Maßnahmen reichten hin, um die Explosion zu verhindern. Heute nun versichert eine andere Regierungsstelle, es habe sich gar kein Rüststoff angesammelt. Die Pressestelle des Oberpräsidiums in Magdeburg meldet, daß die im ganzen Reich veröffentlichen Nachrichten von einem neuen kommunistischen Putsch in der Provinz Sachsen eine blante Erfindung seien. In sozialistischen Kreisen gewinnt die Auffassung Raum, daß die aus Berlin stammenden Meldungen über die bevorstehenden Putsche in der Provinz nichts weiter als ein plummes Wahlmanöver seien. In der Provinz Sachsen sei ein Putsch von kommunistischer Seite absehbar nicht zu erwarten. Da zwei amtliche Stellen sich dermaßen widersprechen, wird man weitere Nachrichten abwarten müssen.

Der Magdeburger Meldung widerspricht auch die folgende Dresdener Nachricht:

Die neuen Gefahren für Mitteldeutschland.

m. Köln, 29. April. (Br.-Tel.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Dresden: Die Enttüllung der neuen Kommunistenpläne ist zwar nicht überall zutreffend, aber, wie wir nun zuverlässiger Weise erfahren, ist es doch richtig, daß derartige neue Gefahren für Mitteldeutschland bestehen. Die Bewegung soll, wie uns mitgeteilt wird, ihren Sitz in Greiz haben, und an ihr soll ein ehemaliger preussischer Landrat einen besonderen Anteil haben. Die Bewegung soll Meldungen zufolge nach dem sächsischen Industriegebiet Meerane und Krimmitschau übergreifen, in wachsendem Maße die Regierung gestern den Aktionsausbruch auf sich selbst. Die sächsische Regierung beachtet, in ihrem Bereich alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, um neue Unruhen sofort unterdrücken zu können.

Der Reichswehrminister über die Gefahren im Ruhrgebiet.

Berlin, 29. April. (Von uns em Berliner Büro.) In dem Roten wechelt zwischen der deutschen Regierung und der Entente über die Besetzung des Raingaus und die Truppenzahl im Industriegebiet wird von unserer Seite immer von der Truppenzahl gesprochen, während die Entente fortgesetzt von den Einheiten redet. Um den Widerspruch aufzuklären, hat sich ein Mitarbeiter der „Sächsischen Zeitung“ zum Reichswehrminister Gehler gegeben, der ihm folgendes auseinandersetzte: Unsere Formationen in der neutralen Zone hatten anfangs die in der deutschen Armee übliche Stärke, welche sich nicht wesentlich von der französischen Formationsstärke unterscheidet. Bald aber zeigte es sich, daß infolge der herrschenden Unsicherheit die Stärke unserer Formationen immer mehr zusammenschrankte. Viele Soldaten kündigten den Dienst. Eine Anzahl ist auch gefallen. Dadurch entstand ein Mißverhältnis zwischen Formation und Kopfzahl. Wir mußten also entweder die Kopfzahl oder die Anzahl der Formationen innewählen. Beim Innehalten der Formationszahl aber wären wir weit unter die erlaubten 17500 Mann gekommen.

Der Reichswehrminister betonte dann auch, daß die Truppe mit weniger als 15 Batterien — die Entente will nur zwei gestalten — gar nicht auskommen könnte. Es ginge ums Ganze. Aus allen Teilen des Ruhrgebietes würde die Regierung überflutet mit Bitten, die Reichswehr um Gotteswillen nicht abgeben zu lassen. Wenn wir dort nur mit zwei Batterien zurückblieben, muß das Schlimmste befürchtet werden. In weitesten Kreisen der Bevölkerung herrscht eine Panikstimmung, und man befürchtet bei einem Wiederaufleben des Putsches die Rache der Kommunisten. Dazu komme die ungenügende Waffenablieferung und daß gerade die gefährlichsten Elemente die Waffen behalten hätten.

Die Döberitzer Brigade.

Berlin, 29. April. (Wolff.) Mit der Leitung der in Döberitz aus Formationen aller Wehrkreise zu bildenden Brigade wurde General Reinhardt beauftragt. Wie erinnerlich, hatte der Reichspräsident bei dem Rücktritt des Reichswehrministers Roste das von dem früheren Chef der Heeresleitung eingereichte Abschiedsgesuch nicht genehmigt und Reinhardt gebeten, sich dem neuen Reichswehrminister zu besonderer Verwendung zur Verfügung zu stellen. In dieser Stellung beauftragte Reinhardt in den letzten Wochen im Auftrage des Ministers Gehler zahlreiche Truppen im Osten und Westen. Er wird sich in nächster Zeit vor allem der Ausbildung der Brigade in Döberitz widmen. Sie soll zu einer vorbildlichen Wehrtruppe gestaltet werden, die im Rahmen der Reichswehr als Reserve der Heeresleitung eine wertvolle Verstärkung des Rückhalts der vormaligen Reichsregierung darstellt. Als Inspektor dieser Wehrbrigade wird Reinhardt dem Chef der Heeresleitung unmittelbar unterstehen, im übrigen aber zur besonderen Verfügung des Reichswehrministers bleiben. Es entspricht dem Wunsche des Generals, nach seiner Tätigkeit im Reichswehrministerium sich der praktischen Arbeit bei der Ausbildung und Erziehung der Wehrtruppe aller Waffen widmen zu können und dadurch weiter an der zeitgemäßen Erneuerung der gesamten Reichswehr mitzuwirken, deren Organisation er seinerzeit als Reichswehrminister geschaffen hat.

Freigabe der Zuderbewirtschaftung von 1921 an.

In den Beratungen des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung.

Von Geheimrat Semmler, M. d. R.

Vor mehreren Monaten stellte ich im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung den Antrag, den Zuder von der nächsten Kampagne ab frei bewirtschaften zu lassen. Leider hat es die Regierung nicht für nötig gehalten, in einer für unsere Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Frage in einer früheren Sitzung des Ausschusses zu genantem Antrage Stellung zu nehmen. Ich ließ mich bei der Einbringung meines Antrages von folgenden Gedankengängen leiten. Die große Entwertung, welche die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege genommen hat, veranlaßt sie in erster Linie dem Hofdruckbau und in diesem dem Zuderertragsbau. Besterer liefert je Fläche die größten Nährstoffmengen; ich brauche nur daran zu erinnern, daß außer dem leicht verdaulichen Rohleberzuder in den Abfallprodukten der Ernte beim Zuderertragsbau Futtermittel anfallen, die in Milch oder Fleisch umgewandelt, wiederum der menschlichen Ernährung zugute kommen. Das Verhältnis stellt sich etwa so, daß ein Morgen Zuderertrags — die Abfallproduktion in Milch bzw. Fleisch umgerechnet — die gleiche Menge Menschen gegenüber einem Morgen Getreide ernährt, während die Kartoffel im Bereich der doppelten Menge Menschen Nahrungsmittel zu liefern vermag; natürlich sind die hierbei eine gewisse Rolle spielenden physiologischen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Ferner ist für den Zuderertragsbau als günstig zu vermerken, daß er in der Nachfrucht so einwirkt, daß man auf die Länge der Zeit mit einem Drittel Mehrertrag rechnen kann. Auch ist zu betonen, daß die Zuderertragsbau den ansonsten ausbleibenden Vorteil ausnützt, daß demnach diese Nachfrucht bei der großen Verwertung des letzteren auch rückwirkend die Kraft und in glänzender Einwirkung auf große Teile unserer Industrie und zahlreiche Zweige unserer Volkswirtschaft Erfolg aufzuweisen hat. Nicht zum wenigsten spricht für die Ausdehnung des Zuderertragsbaues die Möglichkeit des Exports von Zuder, indem wir etwa wiederum 25 bis 30 Millionen Zentner Zuder ausführen können, die heute auf dem Weltmarkt etwa einen Wert von 18 Milliarden Mark haben. Wollten wir dagegen Stillschänger ausführen, so wäre dies nach meiner Meinung zu bedauern, so lasse wir nicht so viel Stillschlag der Landwirtschaft zur Verfügung stellen können, daß wir zum intensiven Ackerbau zurückgehen in der Lage sind. Der Wert des auszuführenden Stillschängers kommt auch nicht annähernd jenem des damit und mit Hilfe der Sonnenenergie zu erzeugenden Zuders gleich. Deutschland ist in der Lage, sich durch seine Landwirtschaft bei geeigneten Maßnahmen in der Zukunft selbst zu ernähren, und der wichtigste Punkt hierbei ist der Zuderertragsbau, hierüber besteht in der ganzen Landwirtschaft kein Zweifel, und dieser Tatsache sollte sich lebhaft bewußt, auch die Regierung, beugen, wenn sie frei von jeder Parteipolitik vorgehen würde. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle Umstände, die die Wohlstand, Zuderertragsbau anzubauen, bedingten, berücksichtigt werden müssen. In diesen Umständen müssen wir die Preisfrage des Zuders rechnen, natürlich außerdem die technischen Möglichkeiten, wobei wiederum die Deutscher eine große Rolle spielt; hoffentlich geht die Regierung mit der größten Energie baldigst gegen Polen usw. wegen des Schließens der Grenzen auch für die von dort in Deutschland Arbeit suchenden Saisonarbeiter vor.

Die Regierung hat zugestimmt, die Preisfrage durch Höchstpreise (Wen zu können. Wollen diese Höchstpreise geföhrt hat, ist daraus zu erkennen, daß wir im vergangenen Jahre bis auf etwa 20 o. d. der Zudererzeugung zurückgegangen sind. Die Preise für den Zuder sind ständig zu niedrig gewesen, als daß sich der Anbau lohnte hätte. Schluß daran sind u. a. die folgenden Arbeitslöhne an allen Orten und Erden. Der Preis im Inlande ist ferner an und für sich abhängig außer dem inneren Wert der Mark, d. h. also von dem Verhältnis des Wertes der Mark zur Ware, von dem Zustande dem Zustande ebenfalls. Haben wir Ueberfluß im Inlande, alsdann werden wir unter Umständen bei fehlender Kontrolle der Zuderer den Weltmarktpreis erreichen oder ihn übersteigern. Nunmehrlich würde sich der Weltmarktpreis auf etwa 800 bis 1200 Mark je Zentner stellen. Die Erzeugung von Zuder muß daher erhöht werden. Der Preis muß so anheben werden, daß der Anbau so weit steht, daß ein Ueberfluß vorhanden ist.

Was ist die Regierung? Sie hat wiederum Höchstpreise, zunächst 150 Mark je Zentner Rohzuder festgesetzt, die aber hinfallen werden müssen, wenn bis zur neuen Ernte die Unkosten weiter gewaltig steigen. Der Preis wird sich immer vor einer unsicheren Zukunft. Wie diese Gründe haben mich bewegen, die Frage nicht ruhen zu lassen und sie von neuem durch einen Antrag zur Entscheidung zu bringen. Vorher den deutschnationalen Vertretern stimmte die Deutsche Volkspartei für die Freigabe des Zuders in der kommenden Kampagne, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie stimmten dagegen.

Es gelang in der Sitzung des Ausschusses für Volkswirtschaft der Nationalversammlung nunmehr wenigstens für die Kampagne der nächsten Jahres, also von 1921 ab, durch einen neuen Antrag die freie Bewirtschaftung des Zuders im Ausschuss zu erreichen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, von Beginn des neuen Erntejahres ab einen Mann auszuweisen und beauftragt, in welcher Form sie den so baldmöglichen Ausbau der ganzen Zuderwirtschaft durchzuführen beabsichtigt. Ferner wurde beschlossen, den rüberdauernden Vorarbeiten für je 100 Zentner abgelassene Zuderertrags je 20 Pfund Zuder zum Hausgebrauch aus der Ernte 1920 freizugeben. Für die laufende Kampagne wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, schon jetzt den zuderüberdauernden Landwirten Gemüchheit zu geben, die Zuder- und Zuderertragsbau den dort gleichnamigen vorerwähnten Stillschänger angedrückt werden; dabei ist der Nebenpreis in das richtige Verhältnis zum Kartoffelpreis zu bringen. Der Regierungsvertreter erklärt, in Westfalen ist zu können, daß ein Zuderertragspreis von 15 bis 22 Mark je Zentner hinwegwiewert werden würde.

Nationalversammlung.

W. S. Berlin, 29. April.

Präsident Hebrndach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr nachm. Es steht zur Beratung die zweite Beratung des Entwurfs eines Besoldungsgesetzes.

Präsident Hebrndach teilt mit, daß der Kellerausschuss sich dahin geäußert habe, bei dieser Beratung von einer Debatte abzusehen.

Abg. Frau Rich widerspricht diesem Beschlusse. Abg. Frau Kieckhoff (Z.) berichtet über die Ausschussberatungen. Die überfälligen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellungen, z. B. der Landwirtschaft übergeführt werden.

Abg. Frau Kien (W. S. V.) befragt eine Reihe von Anträgen ihrer Partei, wonach u. a. die Leerverwaltung aller drei Monarchen von der Reichsregierung nachgeprüft und vom Reichstag genehmigt werden sollen. Den in den Rubelstand orientierten Beamten sollen die Leerverwaltungsurkunden in voller Höhe ausgestellt werden. Die Arbeitszeit aller Beamten solle 48 Stunden in der Woche betragen. Der Regierungsvorstand sei durch ein Komitee der vereinigten reichlichen Beamten zu wählen, wenn der Chemiker nicht zum Kommissar, der Richter- und Leerverwaltungsvorgängen voll ausbedacht werden. Schließlich wird von der Einweisung der Wehrmachtsoffiziere in die Beamtenliste, wenn auch in hypothetischer Form protestiert.

Reaktionslos teilt sich erwidert, daß die Anträge der Unabwägung vom Ausschuss durchgelesen und abgelehnt wurden. Sie müßten daher auch vom Plenum abgelehnt werden. Die Regierung werde für die Abwesenheit der Reichstages tun.

Abg. Frau Seders (Dem.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß diese sich mit dem Gesetz nur einverstanden erklären können unter der Bedingung, daß bei der Einweisung der Wehrmachtsoffiziere in die Beamtenliste nicht mehr als 100000 Mann einbezogen werden.

Das Diktariat wurde zwar in der Vorlesung abgelehnt; es tritt aber erst 1925 in Kraft.

Abg. Steinlovi (So.) beantragt, die Diktare mit den vollen Leerverwaltungsurkunden zu beenden. Die Abg. Hoch (So.), Kien (W. S. V.), Seusermann (D. V.), Kieckhoff (Z.) stimmen dem zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und die Entschließung des Ausschusses.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlesung.

Zu § 1 wird ein Antrag Deltius (Dem.) eingebracht, die Leerverwaltungsurkunde wiederzustellen, wonach das Besoldungsbüro aller der Soldaten, für welche unter Verbleib in der selben Besoldungsgruppe gekübeliert wird, um 2 Jahre vorverrechnet werden soll.

General Reinhardt bittet den Antrag anzunehmen.

Abg. Schulz-Bremberg (Z.) widerspricht ihm, da bei der Rückkehr eine Entlohnung unmöglich sei.

Abg. Steinlovi (So.) stimmt dem Antrag zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Betriebsstättengesetzes.

Der Gesetzesentwurf wird in allen drei Lesungen erledigt. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Verlegung von Ministerperson und ihrer Dienststellen bei Dienstveränderung in Verbindung mit der zweiten Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Rollen der sozialen Kriegerbeihilfen- und Dienstleistungen-Hilfsstoffe.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Die vorliegenden Gesetzesentwürfe enthalten der Inhalt der Tarifverträge des Reiches gegenüber den Arbeitgebern. Neu sind dabei die Dienstleistungen, die Betriebsausstattung als Anleihe. Die Rolle ist der Kern des Gesetzes.

Abg. Zuppe (Dem.) Die Anträge der Rechten und Linken betr. die finanzielle Seite des Gesetzes sind mit der Finanzlage des Reiches unvereinbar.

Abg. Bruhn (Z.) befragt den Antrag auf Erhöhung der Grundrente und Kriegsbeschädigtenzulage.

Abg. Zuppe (So.) wünscht eine weitere Ausdehnung des Gesetzes.

Abg. Zuppe (So.) begründet den Antrag seiner Partei die noch weitgehendere Verleihung fordern als die Anträge Bruhn.

Abg. Schwaiger (D. V.) stimmt dem Antrag Bruhn und Zuppe zu.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Die Anträge Bruhn und Zuppe gehen zu weit. Für die Copie von Arbeitsverträgen wird im Reichsgesetz die Anträge eine Vorlage angeordnet.

Unter Ablehnung der Anträge Bruhn und Zuppe und Annahme eines Antrages Bruhn, der das Sterbegeld erhöht, wird der Gesetzesentwurf nach der Anhörung angenommen. Ebenso wird angenommen ein Gesetzesentwurf betr. die Anwesenheit aus früheren Kriegen und schließlich beide Gesetzesentwürfe in dritter Lesung.

Morgen 10 Uhr: Reichstagesgesch. Post-, Telegraphen- und Telephongesetz. n. a. Schluß 8 1/2 Uhr.

Letzte Meldungen.

Die Grenze der Versicherungspflicht.

Berlin, 28. April. (W. S.) Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung nahm die neuverabschiedete Verordnung über die Krankenversicherung mit der Änderung an, daß die Grenze der Versicherungspflicht auf 15 000 M. festgesetzt wird. Die Nationalversammlung hatte dementsprechend die 20 000-Mark-Grenze abgelehnt und in dem neu vorgelegten Entwurf war wiederum die 12 000-Mark-Grenze vorgeschlagen worden.

Zu Kardorffs Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 29. April. (Von unserem Berliner Büro.) Herr v. Kardorff hat in Verfolg seines Austrittes aus der Deutschnationalen Volkspartei sein Mandat zur preussischen Landesversammlung niedergelegt.

Heffersichs Wahlmandat.

Berlin, 29. April. (Von uns em Berliner Büro.) Herr Dr. Heffersich wird für die Deutsch-Nationalen im Wahlkreis Hessen-Nassau an erster Stelle kandidieren.

Einspruch gegen das Postgebühren-Gesetz.

Berlin, 29. April. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichstag hatte vorgestern gegen das von der Nationalversammlung neuerlich beschlossene Gesetz über die Postgebühren Einspruch erhoben. Letztere in später Abendstunde hat sich der Hausaltarspruch nochmals mit dem Gesetz befaßt. Es wurde schließlich ein Antrag Bachmann angenommen, wonach der Nationalversammlung vorgelegt wird, im § 1 des Gesetzes die Portofreiheit wieder festzustellen. Da das Gesetz unter den obwaltenden Umständen nicht mehr rechtzeitig in Kraft gesetzt werden kann, wurde das Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. Mai auf den 6. Mai verschoben. Ob das Plenum diesem Beschlusse beitreten wird, ist immerhin noch fraglich. Schon am letzten Samstag war die Mehrheit, die dieses ungeheuerliche Gesetz beschloß, nur sehr gering und inzwischen kann sie sich leicht ganz verflüchtigt haben.

Zur Anstellungsfrage der Baltikamer.

Berlin, 29. April. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Vertreter der Baltikumtruppen hat in diesen Tagen mit dem Reichswehrminister Gehler konferiert. Man beachtete, das Problem der Anstellung der Baltikamer durch Inanspruchnahme der preussischen Domänen zu lösen. Auf diese Weise könnten die ohne Frage sehr geduldeten Baltikamer befristet werden.

Die Vorgänge an der Wiener Universität.

Wien, 28. April. (W. S.) Vormittags besitzten deutsche nationale Studenten wiederum die Universität, wobei in Ansprache die Freihaltung der Universität von fremden Elementen und der Anschluß an Deutschland gefordert wurde. Im weiteren Verlaufe kam es zu Zusammenstößen mit jüdischen Studenten, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Ende des Generalstreiks in Lothringen.

Metz, 28. April. (W. S.) Der Generalstreik in Lothringen ist beendet. Die Eisenbahner haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und die Postbeamten haben seit gestern abend die Arbeit wieder aufgenommen. Vom Industriegebiet: meldet man gleichfalls die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Stärke der alliierten Rheinbesatzungsarmee.

London, 29. April. (Br.-Tel.) Auf eine Anfrage im Unterhause teilte Churchill mit, daß die Stärke der alliierten Rheinbesatzungsarmee 145 000 Mann beträgt. Römisch britische Truppen 14 000 Mann (13 000 Mann effektiv), französische 95 000 (85 000 effektiv), amerikanische 16 000 (14 000 effektiv) und belgische 20 000 Mann. Auf eine andere Anfrage antwortete Churchill, daß es unmöglich sei, die genaue Zahl der Maschinenwaffe und Gewehre anzugeben, die Deutschland besitze, bevor der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission eingetroffen sei.

Marshall Joffre als Gast des Königs von Spanien.

Madrid, 28. April. (W. S.) Der König ist heute morgen von Sevilla zurückgekehrt und hat mit dem Marshall Joffre und den Generälen de St. Antone empfangen. Der Marshall hat dem König als Zeichen des wärmsten Dankes der französischen Nation und der Regierung für alles, was der König für die französischen Soldaten und Gefangenen und deren Familien tat, die Militärmedaille überreicht. Der Marshall wurde abends von der Königin-Bitte und dem Prinzen empfangen. Um 11 Uhr fand ein Frühstück zu Ehren des Marcks in der französischen Gesandtschaft statt.

Berlin, 28. April. (W. S.) Das Reichspostministerium verfügte, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist.





Wie erhöhe ich die Widerstandskraft meines Körpers gegen Krankheiten?

Durch die heutige mangelhafte Ernährung ist der Körper immer mehr krankheitsregener preisgegeben. Nach Urteil erster Ärzte kann durch Silicium (Kieselsäure) mit Erfolg dagegen angelämpft werden; denn Silicium vermehrt die Schutzkräfte des Blutes und erhöht die Widerstandskraft der Bindegewebe gegen alle Ansteckungskrankheiten z. B. Grippe, Tuberkulose, Surunkulose, Diphtherie, Hautkrankheiten u. m.

Jeder muß daher seinem Körper täglich Silicium zuführen. Auf angelegentlichste Weise geschieht dies durch die bekannten Silicium-Präparate aus feinsten Schokolade: 1. Desko-Si-Gran mit reiner Silicium-Wirkung; 2. Desko-Si-Rot Eisen-Silicium gegen Bleichsucht, Blutarmut, Menstruationsbeschwerden

und mit Silicium-Wirkung; 3. Desko-Si-Gold gegen Verdauungsstörungen, Blähungen, Erregtheit des Magens und Darms, und mit Silicium-Wirkung. Grün und Rot auch hervorragend für Kinder und in der Entwicklung Befindliche, glänzend bewährt. Zu haben nur in Apotheken u. Drogerien. Alleinhersteller Desko-Werk G. m. b. H. München, Isoremannstr. 28.

Offene Stellen
Erfahrener erster Buchhalter für hiesig. en gros-Geschäft gesucht.

Feuer- Rückversicherung. Beamte. Bewerbungen mit ausl. Lebenslauf an die 3/65

Stellen-Gesuche
Langjährig erfahrener Ingenieur der Hebesaugbranche sucht zum 1. Juli

Papier-Servietten Tisch Tuch-Krepp-Papier Seidenpapiere u. Packpapiere

Miet-Gesuche
Gesucht per 1. Juli oder früher moderne 5 Zimmerwohnung

Größeres industrielles Unternehmen in Mannheim sucht für sofort jüngeren juristischen Hilfsarbeiter

Buchhalterin m. Kassieren einstellend. vertraut für dauernde Stellung gesucht

Vertrauensstellung
Sehr gut erhaltene Schreibmaschine zu einem annehmbaren Preis zu verk.

Auto aus Privathand zu verkaufen. 8/20 PS. lehrbereit, gute kompl. Verfertigung

Geldverkehr
Vordarlehen a 100 RM an Kassenrat

Chemische Fabrik sucht zum baldigen Eintritt jüngeren Kaufmann für Buchhaltungsarbeiten.

Verdienstmöglichkeit in Frau oder Fräulein durch den Ankauf u. Ausguckmitten

Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt Architekt

Vornehm. Reklamen-Unternehmen an verschiedenen Plätzen gel. eingelöst.

Hypotheken
Finanzierungen Verwaltungen von Häusern und Grundbesitz

Internationales Speditionshaus sucht zu sofort. evtl. baldigstem Eintritt einen mit dem Mannheimer Platzverhältnissen vertrauten Speditions-Beamten

Junges Mädchen oder Putzfrau 1 einige Stunden Samstag gesucht

Herrschafft Chauffeur (gelernter Schloßer) sucht wegen Aufgabe des Wagens anderweitige Stellung

Fast neue Bettstelle mit Zinkwanne das billig abzugeben.

Unternehmen mit 10-15 Mitgl. tätig zu beteiligen. Bräutigam gleich. Angebote um S. O. 25 an die Geschäftsstelle

Tüchtige, selbständige Stenotypistin die seit längerem Jahren mit Erfolg tätig ist zum sofortigen Eintritt gesucht.

Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen Mädchen

Verkaufe
Ziegel- Ringofen in nächster Nähe Mannheims u. Weller u. Bahnanschluss

Günst. Angebot! 1 weißes braunes Brausefeld mit eleganter Seitenklappe

Zum Nähen
Wir liefern täglich 1 L. Ziegenmilch gegen gute Bezahlung.

Fräulein Stenographie, Maschinenschreiben flott. schöne Handschrift, zuverlässig und fleißig.

Jüngeres Mädchen von ca. 17-18 Jahren für tagel. gel. 3475

Herren- und Damenrad zu verkaufen. Preis 600 RM.

Knabenanzug u. Paletot für 8 bis 10 Jahre. Jungen zu verk.

Entlaufen ein Fox. Der Entlauf wird gemerkt.

Lehrling Adolf beim Schiffsanleger und Wappengereb.

Putzfrau für Büro sofort gesucht.

Herde 2 gute Geigen u. 1 Holland 27 zu verkaufen.

Neuer Anzug zu verkaufen. Preis 200 RM.

Unterricht. Wer beteiligt sich an englisch u. französisch. 1. Anzuger u. Fortschritt.

Tüchtiges Mädchen bei höchst. Lohn ist sofort gesucht.

Mädchen für Bekleidungs- u. Kleidergeschäft.

Herren- Reise- Necessaire (Friedenswaren) female 2 Paar weiche Damenhandschuhe.

Herren- Tennisschuhe Nr. 44. Preis 150.-

Heirat. Längerer Wittwer mit gutem Einkommen.

**National-Theater.**  
Donnerstag, den 29. April 1920.  
40. Vorstell. in Serie, Hotel B (für H. Berfert B 33)  
Neu inszeniert: 30

**Minna von Barnhelm**  
oder **Das Soldatenglied**  
Beginn 7 Uhr. Mittel-Dreie. Ende gegen 10 Uhr.

**Künstlertheater „Apollo“**  
Donnerstag, 29. April: Verlorenster Tag: 5649

**Alle Kämpfe zur Entscheidung**  
**Küpper geg. Christensen**  
**Stolzenwald geg. Sauerer**

**Kaffee u. Weinhaus**  
**„Börse“**

**Voranzeige!**  
Donnerstag, den 29. April 1920

**Ehren- u. Abschieds-Abend**  
des beliebten Kapellmeisters  
**Eugen Wagner**  
mit seiner bedeutendsten Künstlerkapelle  
Auserwähltes Festprogramm.

**Samstag, den 1. Mai 1920**

**Grosses Sonder-Konzert**  
der neuen Künstler-Kapelle  
unter persönlicher Leitung des bekannten  
Mannheimer Kapellmeisters Heinrich Hermann  
von 5-7 und 8-11 Uhr. 517

**Kabarett Rumpelmayer**

Alois Pöschl, die Mannheimer Komik  
Laura Bernauer, die Mannheimer Komik  
Louis Staller, Melodramenspieler  
Eugen et Irene, die große Tanztruppe  
u. d. dhr. Attraktionen. 512

**Privat-Tanzschule**  
A 2, 3 Tel. 1388.  
5400 Anfang Mai  
beginnt ein neuer schöner Kursus  
wage nach erst. Anmeldungen eröffnet sind.

**Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.**  
Freitag, 30. April gelten folgende Listen:  
Lebensmittellisten.  
I. Für Verbraucher:  
Best: 250 Gramm Brot die Marke 1 der neuen Marke.  
Best: Margarine ¼ Pfund zu M. 2,75 die neue Marke 2 in den Verkaufsstellen 551-710  
Margarine 125 Gramm zu M. 1,25 für die Rotationsmarken 10 in den Verkaufsstellen 1-1000.  
Kartoffeln: 1 Pfund Kartoffeln zu 20 Pfg. das Pfund die Marke 1 in den Verkaufsstellen 505-415.  
Hühner: 125 Gramm Fleisch, teilweise frieren, teilweise getrocknet.  
Butter: ¼ Pfund zu M. 1,10 die Buttermarke 102 in den Verkaufsstellen 50-175.  
Klebermittel: 1 Paket Klebermittel zu M. 2,50, 1 Paket Klebermittel zu M. 4,- oder 1 Paket Klebermittel zu M. 2,75 für die Klebermittelverkaufsstellen 1-1000.  
Wagen- oder Batteriemittel: Für je ¼ Liter die Marke 4.  
II. Für die Verkaufsstellen:  
Zur Abgabe sind bereit:  
Best: Margarine ¼ Pfund zu M. 2,75 für die Verkaufsstellen 711-752 und 555-1000 in den Verkaufsstellen Q 2, 5 am Freitag, 30. April, von 9-3 Uhr. Ausserdem, für je ¼ Pfund Klebermittel als Bezahlung mitbringen.  
Kartoffeln: Kartoffeln für die Verkaufsstellen 415-919 Händler haben ihre Empfangsberechtigungen Freitag vorm. auf Zimmer 54 abzugeben.  
Wichtigstellung der neuen Lebensmittellisten.  
Die neu ausgegebenen Butter- und Kartoffellisten müssen die (paar) Marke, den 3. Mai bis 30. Juni 1920 in den Verkaufsstellen mitgebracht werden. Der von den Verkaufsstellen angeforderten und abgetrennten Verkaufslisten sind im Lebensmittelamt im Geschäftsbüro einzuliefern. Zur Vereinfachung eines so starken Andrangs werden die Händler zu zwei Gruppen abgetrennt und zwar am Freitag, den 3. Mai die Verkaufsstellen 1-600, Samstag, den 5. Mai die Verkaufsstellen 601-1000.  
Es ist dringend geboten, daß die Kommission reich vorgekommen wird. Verzögerungen können für die drei Haushaltungen zur Folge haben, daß sie bei der Warenentnahme überaus unglücklich sind. Die Kommissionen können die Verkaufsstellen nur mit Waren beliefert werden, für die sie rechtzeitig die Verkaufslisten eingereicht haben.  
Samstag, den 1. Mai ist gelegentliche Belieferung.  
Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß das Lebensmittelamt an diesen Tagen in allen Abteilungen geschlossen ist.  
Besuch der Lebensmittelämter.  
Die Hausbesitzer sind verpflichtet, bei Abgabe der Lebensmittelkarten die Verteilungsscheine den Hausbesitzern zur Verfügung der ihnen zugehörigen Lebensmittelämter vorzugeben, und nach vollständiger Empfangsberechtigung (ohne der Winter an das Lebensmittelamt zurückzugeben).  
Die Empfangsberechtigungen müssen von den Winter selbst vorgelegt werden.  
Sollendes Lebensmittelamt, C 2, 16/18.  
Ergebnisse.  
Am 1. Mai 1920 sind unsere Verkaufsstellen geschlossen.  
Der Verkauf von Wochenendausgaben findet daher in den bekannten Verkaufsstellen am Freitag, den 30. April 1920 in der üblichen Zeit statt.  
Morgen früh auf der Reichs- und Provinzial-Verwaltung Nr. 222. 90 Die Verwaltung.

**Handels-Hochschule Mannheim.**  
Donnerstag, den 29. April ds. Js. beginnen weiter folgende Vorlesungen und Übungen:

Zeit	Dozent	Thema	Ge- bäude	Saal
abends	Moses	*Das abnorme Kind	A 1, 2	7
7-8	Mattis	*Englische Handelskorrespondenz (Fortsetzung)	A 2, 6	1
Freitag, den 30. April ds. Js. beginnen folgende Vorlesungen u. Übungen:				
vorn.				Saal
8-10	Rumpf	Vereins- und Gesellschaftsrecht	A 1, 2	16
8-10	Sommerfeld	Handelsw. Seminar	A 1, 2	6
8-10	Böhrend	Handelspolitik	A 1, 3	7
8-9	Mauderer	Engl. Lesen wirtschaftl. Aufsätze	A 2, 6	2
9-11	Grünholz	Übungen in der Buchführung für Anf. (Parallelkurs)	A 1, 2	15
11-1	Endres	Der Verkehr in der Friedenswirtschaft	A 1, 2	16
10-12	Föschl mit Schilling	Mikr. Übungen im Laboratorium für Warenkunde	A 4, 1	4
11-1	Petels	Einl. in die Rechtslehre	A 1, 3	7
12-1	Metzner	Wirtschaftsstatistik	A 4, 1	2
nachm.				
6-7	Petels	Das Recht des privaten Versicherungsvertrags	A 1, 2	7
6-7	Kriek	*Ueber Volkserziehung	A 1, 2	10
7-8	Moses	*Besprechung zur Vorlesung: Das abnorme Kind	A 1, 2	7
7-8	Altman-Gotheimer	*Die Wohnungswirtschaft	A 1, 2	16
8-10	Mann	*Hygiene der Arbeit	A 1, 2	7

Die bereits begonnenen Vorlesungen und Übungen werden planmäßig fortgeführt.  
Die Besichtigung der Vorlesung mit einem Sternchen \* bedeutet, daß deren Besuch ohne Nachweis einer bestimmten Vorkenntnis offen steht.  
Anmeldungen werden noch im Sekretariat der Handels-Hochschule (A 4, 1) entgegengenommen. 47  
Am Samstag, den 1. Mai bleibt die Hochschule geschlossen.  
Die im Vorlesungsverzeichnis des Sommer-Semesters angekündigten Vorlesungen von Frau Dr. Altmann-Gotheimer über „Soziale Bewegungen und soziale Theorien“ und von Herrn Universitätsprofessor Dr. Panzer über „Die neuhochdeutsche Schulpflicht“ finden nicht statt.  
Mannheim, den 27. April 1920.  
Der Rektor  
Professor Dr. V. Föschl.

**Hotel-Restaurant „Zur Oper“ C 3, 2/1/2**

**Neu-Eröffnung**  
Sonntag, den 2. Mai 1920.

Schöne Fremdenzimmer  
Gute Küche. (2524) Prima Wohn-  
Besitzer: Anna Diez Witwe.

**Ein Triumph der Küchentechnik.**

**Koche mit Luft! Brata ohne Fett!**  
**Koche das Gemüse ohne Wasser**  
25-30% Fleischersparnis.

**VORTRAG**

verbunden mit höchstinteressanten praktischen Vorführungen findet am Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im Kasino-Saal statt.  
Zutritt frei. (35541) Zutritt frei.

**Wirt- Versammlung.**  
Freitag, den 30. April, nachmitt. punkt 3 Uhr im Saale des „Rodensteiner“ Q 2, 16 Betr. Bieraufschlag.  
Die Arbeitsgemeinschaft.

**„Judex“**  
2. Teil.  
Ein Abenteuer-Roman in 4 Teilen  
3. Die phantastische Meute  
4. Der leere Sarg.

Vereinigung kath. Akademiker, Mannheim.  
**Der Isenheimer Altar**  
Lichtbilder-Vortrag des Herrn Universitäts-Professor Dr. Sauer, Freiburg i. B. am Freitag, 30. April, abends 8 1/2 Uhr. Großer Saal der Harmonie, D 1, 6. - Karten zu 2 - Mk. in der Buchhandl. Grimm und an der Abendkasse.

**Palast-Theater.**  
Heute letzter Tag!  
Sklaven des Kapitals 5 Akte  
Der letzte Hohenzollern 5 Akte  
Wochentags Anfang 4 Uhr, Samstag u. Sonntag 2 Uhr.

**Putz-Lehrkurse**  
Marta Adam, Beethovenstr. 12, 1.  
Erschl. Fachausbildung für Selbstbedarf und Beruf. 3454  
Anmeld. täglich 11-3 (außer Sonntags)

**1 Last-Auto**  
5 1/2 Pferdestärke.  
H. Arnold, Aufw. u. Reparatur, Q 3, 4, Tel. 6219.

**Hohlsäume**  
Kunststickerel. Plisse  
Irene Hofmann alle Art werden reich u. billig angefertigt. 656  
Geschw. Nix, D 5, 1  
Damenkleiderherstellung normaler Holceck.

**BENZ & Cie.**  
**Rheinische Automobil- u. Motorenfabrik A.-G. Mannheim.**

Auf Grund der in der außerordentlichen Generalversammlung obiger Gesellschaft vom 16. Februar d. J. beschlossenen Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von Mark 11.000.000.- neuen, ab 1. November 1919 dividendenberechtigten Aktien, fordern wir hierdurch gemäß den mit der Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen die Aktionäre der Gesellschaft zur Ausübung des Bezugsrechts auf.

1. Auf je M. 2000.- alte Aktien kann eine neue Aktie zu M. 1000.- zum Kurse von 112% zuzüglich Schlussnotenstempel bezogen werden.
2. Das Bezugsrecht ist in der Zeit vom 30. April bis 21. Mai d. J. einschließlich auszuüben.

bei der Rheinischen Creditbank, Mannheim, und deren sämtlichen Zweigniederlassungen; ferner in Mannheim: bei der Pfälzischen Bank Filiale Mannheim, der Süddeutschen Bank, Abt. der Pfälzischen Bank, der Mannheimer Bank A.-G., der Firma Marx & Goldschmidt; in Berlin: bei der Deutschen Bank, den Firmen S. Bleichröder und Mendelssohn & Co.; in Frankfurt a. M.: bei der Deutschen Bank Filiale Frankfurt, der Deutschen Vereinsbank, der Pfälzischen Bank Filiale Frankfurt, und dem Bankhaus M. Hönenemser; in Ludwigshafen a. Rh.: bei der Pfälzischen Bank; in München: bei der Filiale der Pfälzischen Bank; in Neustadt a. H.: bei der Firma G. F. Grohé-Henrich; in Saarbrücken: bei der Firma G. F. Grohé-Henrich & Co.; in Frankenthal: bei der Filiale der Pfälzischen Bank.

3. Die alten Aktien (ohne Dividendscheine) sind zu diesem Zweck mit einem Verzeichnis in geordneter Nummernfolge zur Abstempelung einzureichen. Gleichzeitig ist der Gegenwert der jungen Aktien zu entrichten. Ueber die Zahlungen wird Quittung erteilt, gegen deren Rückgabe die jungen Aktien nach Fertigstellung ausgetauscht werden.
4. Soweit die Ausübung des Bezugsrechts im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen.
5. Auf Verlangen sind die oben genannten Stellen bereit, die Verwertung des Bezugsrechts zu vermitteln.

Mannheim, im April 1920.

**Achtung! Betten!**  
Feinere Bettlätze  
**See-Gras-Matratzen**  
mit guter Wollunterlage fertigt bei Zugabe von Stoff billiger an \*2001  
Peter Kell.  
Sattler und Tapezierer,  
Färth 1. O., Seifen,  
Berlangen Sie Offerten.

**Möbel auf Teilzahlung**  
kompl. Schlafzimmer  
komplette Küchen  
Kleiderschränke  
Pfefferspiegel  
Trumeaus  
Günst. Zahlungsbedin-  
gungen bei 5477  
Julius Jümann Nachf.  
Mannheim, Pf 1, 8.

**Rheinische Creditbank.**

Am 28. April 1920 starb meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

**Frau Elisabeth Adler**  
geb. Kunz

Mannheim, Neckarvorlandstr. 18, den 28. April 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Fritz Adler Jr.**  
**Familie K. Kunz**  
**Familie Fritz Adler sen.**

Die Beerdigung findet am 30. April, nachmittags um 1 1/2 Uhr statt. \*2090

**Odenwaldklub**  
Sonntag, 1. Mai Wanderung: Weinheim - Dorsiedendach - Schönbach - Bepfändchen - Wei. m. Glets. 6.42 Früheres in den Wanderführer für 20 Pf. im Zeitungsbüro am Wallerturm 5 Reuth 11. 6.  
20. Mai: Theaterabend im „Ballhaus“ zu Gunsten der Mannheimer Jugendberge. Einlass frei und Zeitel ab 6 Uhr zu M. 3.50 in obigen Gebäuden. 6558

**Gretel Barnass**  
**Wilhelm Katz**  
Verlobte

Glossen Mannheim  
Schöner-Gasse 10 Tivoli-Corner, 18  
April 1920

**Elektromonteur-Schule**  
in Köln, gegründet 1903.  
Viertelsjahreskurse für Monteur, Installateur, Schlosser usw.  
Beginn der Kurse: 3. Juli, 5. Oktober, 2. Januar, 3. April. 567  
Auskunft und Lehrplan kostenlos durch die Schulleitung, Köln, Mühlentstr. 8

**Ther. Vermählung beehren sich anzuzeigen**  
**Ludwig Baumgart**  
**Paula Baumgart**  
geb. Coes \*2046  
Waldhofstraße 12, den 29. April 1920  
Verlobungskarte 6.

**Auto-Versteigerung.**  
Am Freitag, den 30. April, nachm. 3 Uhr, veräußere ich  
Q 3, 2/3  
ein schönes Auto  
7/14, 4/10, Protos.  
H. Arnold 348  
Waldstr. 10, 1. Etage  
Q 3, 4, Tel. 6219.

**Versteigerung.**  
Am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr, veräußere ich Bergstraße 49 13447

**TAPETON**  
zum Abreiben der Tapeten werden wie neu, empfiehlt 5100  
**Josef Herrmann, Tel. 4573**  
G 7, 17 u. 17a, Jungbusstraße.

**Brennholz**  
jeglicher Art \*3008  
Liefert wagenweise zu günstig. Preisen  
**Karl Pietschmann, Höchstf. M.**  
Kaiserstrasse 20, Fernsprecher 488.

**Saal-Lokalitäten**  
zur Abhaltung von kleineren Festlichkeiten, Hochzeiten, Vorträgen etc. zu vergeben Näheres Rheindammstraße 7, IV Stock, Tel. 8381. 5524

**Wecker und Wanduhren**  
in unübertroffener Auswahl nur Preisden-Ausführung 590  
**Ludwig Groß, F 2, 4a, Marktstraße.**

**cond. Milch**  
Marke „Eagle-Brand“ \*3086  
hat abzugeben.  
**Valentin Elermann**  
Ludwigshafen a. Rh., Steinstraße 9.  
Waren-Agenturen. - Sonderausgaben Nr. 188